

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheinen wöchentlich zweimal, Sonntags einmal. Preis: 10 Pfennige. Redaktions-Bureau: Unter den Linden 11.



Abonnements-Preis: Durch den Postweg, vierteljährlich 3 Mk., halbjährlich 5 Mk., jährlich 9 Mk. 50 Pfennig.

# Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 654  
37. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Donnerstag  
24. Dezember 1908

Siehe die Wochen-Beilage  
„Haus, Hof, Garten“ Nr. 52.

## Die Revolution in Caracas.

J. S. „Todo Berlimo saluda al Presidente Gómez“, wird der wärdere Manager des jüngsten Castro-Empfanges heute nach Caracas telegraphieren müssen, wenn er seinen schönen Titel als venezolanischer Konsul in der deutschen Hauptstadt behalten will. Und er würde damit der Wahrheit vielleicht näher kommen als das erste Mal. Zwar ist das Verhältnis zwischen uns und der venezolanischen südamerikanischen Republik in den letzten Jahren ein ganz erträgliches gewesen, und niemand weiß, ob dem Umwidmung der letzten Tage sofort eine Zeit des inneren Schwandens folgen wird, was für alle Länder, die in Venezuela Interessen haben, die Hauptsache ist. Aber Castro hat doch seit dem Tage, da er vor neun Jahren als der Führer eines überaus fähigen Präsidiums des Präsidenten Andrade stürzte, durch sein Regiment das Missfallen der ganzen Welt erweckt und von dem unangünstigen Urteil, das am Ende seiner Diktatur über ihn gefällt wird, schließt man sich auch in Deutschland nicht aus. Nur gebietet es die Höflichkeit, den Herrscher im Exil, der bei unseren Verletern und untern Weibern Trost von fopperigen und feischen Seiten sucht, nicht mit Schritt und Tritt zu regieren.

Dies ist ein übrigens die Präsidentschaft noch keineswegs auf General Gómez übergegangen, und es ist unannehmlich, noch ungewiss, ob die Revolution, die zur Bestätigung des Castro'schen Ministeriums geführt hat, einträglich vorüber ist. Man darf nicht übersehen, daß die Nachrichten, die aus dem untern Kriegszustand stehenden Rande kommen, von der Partei ausgehen, die augenblicklich die Oberhand hat. Die starken militärischen Vorkämpfer, die Gómez getroffen hat, sprechen dafür, daß Castro noch über einen großen Anhang weitgehend in der Provinz verlagert und daß es vielleicht noch zu bewaffneten Zusammenstößen kommen wird. Ohne Unterbrechungen hat sich nur selten ein Präsidentschaftswahl in Venezuela vollzogen und von unangenehmen Parteienkämpfen ist die ganze Geschichte des Landes erfüllt. Seit Simon Bolívar, der Gründer der venezolanischen Freiheit, mit der Wahrung „Eintocht, Eintocht!“ auf den Lippen gestorben ist, ist kein prunkvolles Denkmal auf dem ihm gewidmeten Platz Zeuge unglücklicher Szenen der Zwietracht und mörderischen Bürgerkrieges gewesen. Es wäre also vorzuziehen, aus dem Gesicht und Elend, mit dem Gómez bei gegen ihn vorbereiteten Anschlag (wenn es ein Anschlag war) vereitelt hat, zu schließen, daß er schon endgültig Herr der Lage sei.

Doch spricht ein sehr triftiger Grund für die Annahme, daß die Empfinden des Volkes, soweit er sie nicht nicht bestirnt, sich ihm zuwenden werden und daß sein Erfolg gelichtert ist. Das ist die Haltung der holländischen Regierung. Diese, die von ihrer Kolonie Curaçao aus sichere Nachrichten über die Lage besitzen kann, hat durch telegraphischen Befehl die jüngst begonnene Flotten demonstration aufgehoben und es ist bereits von der Rückberufung eines Teils der ausgesandten Schiffe nach der Heimat die Rede. In den offiziellen Erklärungen, die das holländische Ministerium gestern über die Lage gab, ist von dem Sturz Castro's mit keinem Wort die Rede, sondern nur von der Bildung eines neuen Kabinetts. Aber der Entschluß der Haager Regierung, die verurteilt, daß ihre Aktion sich nicht gegen das venezolanische Volk, sondern gegen die Politik Castro's richtete, ist der untrügliche Beweis dafür, daß eine Rinde dieses Staatsmannes aus der Straßenschlucht nach dem Gelben Hause zu den unumgänglichen Dingen gehört. Man muß übrigens vor der gewandten, gebildeten und gewissenhaftigen Politik des Kabinetts von Haag, das dem dornigen venezolanischen Problem mit so glänzendem Erfolg zu Leibe zu gehen will, respektvoll den Hut ziehen. Das holländische Kabinet hat gegen den allzu fähigen gewandten Diktator ein wirksames Mittel in der Hand, das es annehmbar, als Castro zu der völkerverwundlichen Begnadigung holländischer Schiffe das Dekret fände, das den Handel von Curaçao verbotlich machte. Dieses Mittel war die Aufhebung des im Protokoll von 1895 vereinbarten Verbots der Waffenansuhr von der holländischen Insel nach der venezolanischen Küste hin. Das die holländische Regierung die Aufhebung verweigerte, bedeutete eine direkte Unterstützung der Revolution, und die Bewegungen der holländischen Kriegsschiffe zwischen „Maracaibo“ und „Cumana“ hatten gleichfalls den Zweck, die Truppenbewegungen der Castro'schen Regierung gegen die Revolutionäre zu erschweren. So lenkte man vom Haag aus vorzüglich die Dinge, und man war dort gar nicht erstaunt, daß Castro, als es das Gewitter über seinem Kampfe sich zusammenzuziehen sah, Isidorio unter dem Schutze eines europäischen Schiffes nach Europa flüchtete. Mit gründlicher Kenntnis der Verhältnisse der Niederländer wurde ein diplomatischer oder doch fast noch diplomatischer Sieg errungen, der einst den brüllenden Kanonen viel mächtiger Gegner Castro's verjagt hätte. Nicht minder meisterlich und ihres Erfolges gewiß war auch die Politik der Vereinigten Staaten, die

ungeachtet ihrer scharfen Betonung der Monroe-Doktrin Holland freie Hand ließen, wie sich jetzt herausstellt, bis zur zeitweiligen Befreiung venezolanischer Territoriums. Die Union hielt sich mit gutem Grunde jetzt wie früher vor feindseligen Vorgehen gegen die amerikanische Schwereverpflichtung zurück; sie wollte nicht im spanischen Amerika den Eindruck schaffen, daß Söhne des großen Brudervolkes nördlich vom Golf jenseits in feindseliger Absicht den Boden des südlichen Kontinents beträten. Aber die Washingtoner Regierung, deren Bürger von Castro ganz besonders schlecht behandelt und über die Maßnahmen schwer geschädigt worden sind, hatte doch alles Interesse daran, den Wandel der Dinge, der sich nun vollziehen hat, herbeizujehen. Mit den kleinen Niederländern ließ sich in der Stille weit besser zusammenarbeiten als mit den großen europäischen Mächten. Wahrscheinlich werden auch die Bermuda-Whip-Hat-Compagny und die anderen gefährlichsten amerikanischen Gesellschaften nun bald die Befreiung ihrer Beschwerden erleben.

Wir in Deutschland haben keine Beschwerden gegen Venezuela mehr, und es könnte uns in Grunde gleichgültig sein, ob Castro oder sein „Stellvertreter“ Gómez — dessen Persönlichkeit sich nicht allzuweit von dem romantischen Typus der venezolanischen Staatsmänner zu entfernen scheint — künftig die Geschicke des Landes lenkt. Stellt es sich jedoch heraus, daß die Politik, dauernd gute Beziehungen zu den Mächten zu schaffen, von Gómez konsequent und mit Unterstützung des Volkes verfolgt wird, so ist das ein Fortschritt, den auch wir begrüßen — um der Zivilisation willen und um unserer eigenen Interessen in Venezuela willen. Herrn Castro aber würden wir gern in untern Wäldern sich selbst willigen Gesinnung und eines sorgfältigen Aufsehens erfreuen sehen. Vor Gegenansprüchen seiner alten Freunde würde ihn der preussische Schützmann treulich zu bewahren suchen.

## Einstellung der holländischen Flottenaktion.

Die niederländische Regierung hat telegraphisch die Bestätigung der Aufhebung des Dekrets vom 14. Mai gegen den Handel von Curaçao erhalten. Durch diese Aufhebung hat die neue venezolanische Regierung die Hauptforderung der Niederländer erfüllt und ihr somit Genugtuung gegeben. Der Hauptgrund der Aktion der niederländischen Kriegsschiffe in den venezolanischen Gewässern ist damit geschwunden. Daher hat die Regierung die Befehlsgeber der holländischen Kriegsschiffe in den Gewässern von Venezuela telegraphisch angewiesen, die Flotten demonstrationen einzustellen. Es soll auch unabhänglich die Rückkehr eines oder mehrerer Kriegsschiffe nach der Heimat befohlen werden. In den politischen Kreisen im Haag hat man von dem früheren Minister der auswärtigen Angelegenheiten Venenhaus Dr. Paul, der wegen nach Europa abreisen wird mit dem Auftrag, alle Streitfragen zwischen Venezuela und den europäischen Großmächten diplomatisch beizulegen, den Eindruck gewonnen, daß er den Niederländern sehr günstig gegenüber war. Man hat seine Ernennung zum außerordentlichen Gesandten deshalb für einen Beweis dafür, daß General Gómez endlich entschlossen ist, eine Verständigung mit den Niederländern herbeizuführen.

London, 23. Dezember. (Privat-Telegramm.) Das Staatsdepartement in Washington gibt zu, daß die in den letzten Tagen mit verhängten Befehlen abgegangenen Kriegsschiffe mit der Bestimmung nach Venezuela ausliefen, und zwar seien sie dahin auf spezifischen Wunsch des venezolanischen Kabinetts entsandt worden. Die amerikanische Regierung, die verständig erklärt hat, daß die jede andere Regierung als die Castro's in Venezuela erwidert ist, scheint daher von Gómez über den beabsichtigten revolutionären Schritt informiert gewesen zu sein.

Wie uns weitere Telegramme melden, gab gestern in der zweiten Kammer der holländischen Generalstaaten der Minister des Auswärtigen van Swinderen eine Erklärung ab, in der er die Neubildung des venezolanischen Kabinetts als Folge der Entbedingung eines Komplots gegen das Leben des Vizepräsidenten sowie die Befangennahme einiger Freunde Castro's zur Kenntnis brachte. Im Anschluß daran teilte er mit, daß Vizepräsident Gómez zum Beweise freundschaftlicher Gesinnung bis zur späteren Regelung der schwedischen Streitfragen durch Delegierte die Aufhebung des Dekrets vom 14. Mai angeordnet habe in der Hoffnung, daß von den Niederländern daraufhin die Flotten demonstration eingestellt werde. Für die Zeit bis zur Wiedererrichtung des venezolanischen Konsulats in Curaçao sei der dortige deutsche Konsul ermächtigt worden, Erlaubnis für den Austausch von Schiffen auszusprechen.

Eine Depesche aus Caracas vom Montag berichtet, daß der neue Minister des Inneren eine Proklamation an die Gouverneure der einzelnen Staaten erlassen hat, durch welche das Volk aufgefordert wird, die Regierung in ihren auf Besserung der Lage des Landes gerichteten Bestrebungen zu unterstützen, und in der Reformen in der inneren Ver-

waltung und in den Beziehungen zu den anderen Ländern verpfunden werden. Die Proklamation erklärt, die Regierung werde insbesondere den Kredit Venezuelas im Auge haben.

Aus Washington berichtet ein Kabeltelegramm: Durch Vermittlung des britischen Gesandten in Caracas hat Vizepräsident Gómez den Wunsch geäußert, die Streitigkeiten mit Amerika beizulegen. Das Staatsdepartement hat in diesem Hinblick die früheren Gesandten in Panama, Puchana, und Interhaber, der sich kurzgeat auf Lord des Treasurers „North Carolina“ bereits auf dem Wege nach Venezuela befindet.

## Ein neuer Sieg Clemenceaus.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 23. Dezember. Der Beginn der Nachmittags-Sitzung, die heute erst um vier Uhr ihren Anfang nahm, wurden in den Verhandlungen der Kammer wieder einmal allerlei Gerüchte über die Möglichkeit einer Krise folportiert. Die Stimmung gegen Clemenceau ist unter den Radikalen eine sehr gereizte, und es wurde angebahnt, daß ein letzter Ansturm gegen das Ministerium verjagt werden sollte, bevor die Kammer in die Ferien geht. Trotz dieser Antipathien, die man nach alles vorausgegangenem Antrieben mit einem Skeptizismus anhört, war das Interesse offenbar nicht sehr groß. Um 4 Uhr ist außer dem Präsidenten nur ein Redakteur im Saal; auch die Zuhörer sind nur wenig besetzt. Nachdem die Kammer sich allmählich zur Ruhe gefügt hat, verläßt man zunächst, der Regierung wegen ihrer Maßregeln nach den Streikverboten von Dr. Abel Schwereigkeiten zu berichten. Daraufhin wurden die als geistige Urheber der Tätigkeiten zunächst verhalten Führer, die der Confédération générale angehören, in Freiheit gesetzt, während die Arbeiter, die beim Überfall gegen die Staatsgewalt mit bewaffneter Hand betroffen wurden, im Januar vor das Schoungericht kommen werden. — Die Deputierten Argéles und Dalmier haben dies Verfahren unzulässig und fordern die Regierung auf, den Arbeitern gleichfalls Amnestie zu gewähren. Clemenceau ist mit dieser Forderung jedoch ab, da über eine bewaffnete Regierungsmehrheit der Ministerat befragt werden müsse. Er bringt mit seiner Ansicht durch, obwohl bei der Abstimmung die Regierung nur dreißig Stimmen Majorität erhielt.

Tanach soll die von Jaures angekündigte Rede über Maroffo kommen, aber Bichon geht vorher auf die Exzesse ein und erklärt sich einmal, daß die Diskussion jetzt unzeitgemäß sei, sie müsse bis zum Januar verschoben werden. Bergès protestiert Jaures bestigt gegen den Ausschluß. Die Kammer votiert mit 284 gegen 250 Stimmen in einem Pünktchen und läßt dann eine Pause einlegen, um die Richtigkeit der Budgets aus dem Senat abzuwarten. Die absterkte Abstimmung hat sich in Ferienstimmung angefügt.

## Der Zollkonflikt mit der Schweiz.

Die Interpellationsdebatte im Schweizer Nationalrat hat die allgemeine Aufmerksamkeit erneut auf die Differenzen gelenkt, die zwischen der Schweiz und Deutschland wegen der Ausfuhr von Mehl aus dem deutschen Zollgebiete nach der Schweiz bestehen. Der Kernpunkt des Streites liegt darin, daß die Schweizer Müller behaupten, die Zollrückvergütungssätze, die auf Grund der Einfuhrvereinbarung vom 11. Januar 1906 den deutschen Mählern bei der Ausfuhr von Mehl gewährt werden, enthielten eine Exportprämie, wodurch die deutschen Müller unfaulbegünstigt würden, ihre Fabriken, besonders die feineren Sorten Mehl, zu einem Preise auf den schweizerischen Markt zu werfen, der jeden Wettbewerb der dortigen Mählern ausschließe und daher deren Ruin herbeiführen würde.

Die Behauptung, daß die für Mehl geltenden Rückvergütungssätze eine Exportprämie bedeuteten, wird deutscherseits auf das entschiedenste bestritten. Hier steht man nach wie vor auf dem Standpunkte, daß diese Sätze durchaus dem natürlichen Auswärtverhältnis entsprechen, und daß daher der deutsche Mehl bei der Ausfuhr nicht mehr zurückverhält, als der Zoll für diejenige Quantität Getreide ansieht, aus der sich die exportierte Menge Mehl herstellen läßt. In der Tat kann die Behauptung der Schweizer Müller gar nicht richtig sein. Denn wenn für die Ausfuhr deutschen Mehles eine staatliche Exportprämie gewährt würde, so wäre es schlechterdings undenkbar, daß von der gesamten deutschen Mehlproduktion nur etwa zwei vom Hundert ausgeführt werden. Unerschwinglich wäre ferner die Forderung, daß die folgenden Länder, die deutsches Mehl beziehen, wie namentlich Holland und England, nicht mit der gleichen Behauptung wie die Schweiz aufstehen, daß nicht auch sie über die Gewährung einer Exportprämie Beschwerde führen.

Der Konflikt, das allein die Schweiz sich über eine Exportprämie glaubt beschweren zu müssen, in Verbindung mit der Tatsache, daß weitaus der größte Teil der deutschen Mehl ausfuhr nach der Schweiz geht, weist deutlich darauf hin, daß der Grund des Konfliktes ausschließlich in besonderen Verhältnissen der Schweiz liegt, speziell der Schweizer Müller, liegen muß. In erster Linie kommt hier in Betracht, daß die Schweizer Mählern, obwohl an und für sich in hohem Grade leistungsfähig, an technischer Voll-